



Interpellation

Massnahmen zur Förderung und zum Schutz von bezahlbarem Wohnraum

In Chur mangelt es wie in vielen anderen Städten an bezahlbarem Wohnraum. Klar ist: Der freie Markt mit ständig steigenden Bodenpreisen und Immobilien als profitabler Anlage ist nicht die Lösung für dieses Problem, sondern Ursache. Wenn der Markt versagt, braucht es politische Lösungen. Auf der Suche nach erfolgreichen und griffigen Massnahmen für bezahlbaren Wohnraum können wir von den Erfahrungen anderer Städte profitieren.

Um Boden und Immobilien der Spekulation zu entziehen, nutzen beispielsweise Gemeinden und Städte in der Westschweiz wie Lausanne ein kommunales Vorkaufsrecht.

Für den Schutz und den Erhalt von bereits bestehendem bezahlbarem Wohnraum kennt Basel interessante Massnahmen, welche auf eine 2018 durch die Bevölkerung angenommene Wohnschutzinitiative zurückgehen: Abbruchbewilligungen für Wohngebäude nur in Ausnahmefällen, umfassendes Bewilligungsverfahren und Deckelung der Mietzinsaufschläge bei Sanierungen sowie Mietzinskontrollen.

Im Zusammenhang mit diesen Massnahmen stellen sich folgende Fragen:

1. Wie ist die rechtliche Situation in Graubünden zum kommunalen Vorkaufsrecht: Könnte Chur dieses Instrument bereits anwenden oder braucht es dazu gesetzliche Anpassungen auf kantonaler Ebene? Falls ja, welcher Art?
2. Wie ist die rechtliche Situation in Graubünden zu den oben aufgeführten Basler Wohnschutzmassnahmen? Könnte Chur diese Instrumente bereits anwenden oder braucht es dazu gesetzliche Anpassungen auf kantonaler Ebene? Falls ja, welcher Art?
3. Sieht der Stadtrat das kommunale Vorkaufsrecht und Wohnschutzmassnahmen gemäss dem Basler Modell als erfolgsversprechenden Weg für mehr bezahlbaren Wohnraum in Chur?

Besten Dank im Voraus für die Beantwortung.

Chur, 13. November 2025

Barbara Rimml



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom

B.11.2025

Marco Michel, Stadtschreiber



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Art des Vorstosses (gem. Art. 56 Abs. 1 Geschäftsordnung für den Gemeinderat)

Auftrag

Interpellation

Eingereicht von

Ratsmitglied

Kommission

Titel Massnahmen zur Förderung und zum Schutz von bezahlbarem Wohnraum

Erstunterzeichnende/r	Name (A-Z)	Partei	Eingesehen (Visum)	Unterschrift
<input type="checkbox"/>	Adank-Arioli Sandra	SVP		
<input type="checkbox"/>	Brüesch Flavia	Freie Liste & Grüne		
<input type="checkbox"/>	Cabalzar Corina	SP		
<input type="checkbox"/>	Cangemi Vincenzo	SP		
<input type="checkbox"/>	Carigiet Fitzgerald Angela	SP		
<input type="checkbox"/>	Casale Giulia	SP		
<input type="checkbox"/>	Curschellas Silvio	Die Mitte		
<input type="checkbox"/>	Danuser Géraldine	GLP		
<input type="checkbox"/>	Good Rainer	FDP		
<input type="checkbox"/>	Hegner Walter	SVP		
<input type="checkbox"/>	Kamber Peter	SVP		
<input type="checkbox"/>	Liesch Leonie	Die Mitte		
<input type="checkbox"/>	Lütscher Daniel	FDP		
<input type="checkbox"/>	Meyer Johannes	GLP		
<input type="checkbox"/>	Nett Schatz Martina	Freie Liste & Grüne		
<input type="checkbox"/>	Salis Johann Ulrich	SVP		
<input type="checkbox"/>	Schneider Tino	Die Mitte		
<input type="checkbox"/>	Schnoz Andi	Freie Liste & Grüne		
<input type="checkbox"/>	Trost Kiran	SP		
<input type="checkbox"/>	Weingart Giancarlo	FDP		
<input type="checkbox"/>	Z'Graggen Sandy	FDP		
<input checked="" type="checkbox"/>	Rimml Barbara	SP		
<input type="checkbox"/>	Schüring gw Regula	Die Mitte		
<input type="checkbox"/>				

Datum: 13.11.25